

Medienmitteilung

Datum: 13. April 2016

Sperrfrist: 13. April 2016, bis nach der Medienkonferenz des Regierungsrates

Kanton entlässt 700 Schulleitungen: Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter wehrt sich dagegen

Der Regierungsrat des Kantons Zürich plant im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 bei den Volksschulen 22.5 Millionen Franken zur jährlichen Saldoverbesserung einzusparen. Dies soll zum grössten Teil dadurch erreicht werden, dass die Verantwortung über die Schulleitungen der Volksschule vom Kanton an die Gemeinden übergeben wird. Dazu muss der Kanton als Arbeitgeber allen Schulleiterinnen und Schulleitern kündigen. Dies würde eine der betragsmässig grössten Einsparungen über alle Direktionen von 14.8 Millionen Franken ermöglichen. Zudem ist es die einzige Massnahme, die zu einem massiven Stellenabbau führt, da die Schulleitungen neu von den Gemeinden angestellt werden müssten. Der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Zürich (VSLZH) wehrt sich vehement gegen diese Massnahme.

Für den Verband ist es völlig unverständlich, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter der Volksschule als einzige Arbeitnehmergruppe des Kantons von einem Stellenabbau betroffen sein sollen. Sarah Knüsel, die Präsidentin des VSLZH, empfindet die Massnahme als "Rauswurf". Weiter meint sie dazu: "Wir sind vom Kanton als Arbeitgeber enttäuscht. Die Schulleitungen haben in den letzten Jahren als Schlüsselfiguren loyal mitgeholfen, die vielen Reformen der Volksschule umzusetzen. Dass sich nun der Kanton als Arbeitgeber von uns trennen will, ist unbegreiflich". Folgende Gründe sprechen deshalb klar dagegen:

- Die Fachstelle für Schulbeurteilung hält in ihren Jahresberichten regelmässig fest, dass die Qualität an den Volksschulen steige. Dies ist auf die gute Arbeit der Schulleitungen im Bereich Schulentwicklung zurückzuführen. Für die Übertragung der Verantwortung der Schulleitungen an die Gemeinden fehlen momentan die noch nötigen Gesetzesanpassungen. Wenn die Massnahme auf das Jahr 2019 umgesetzt werden soll, fällt es just mit weiteren weitreichenden Reorganisationen in der Volksschule zusammen: Einführung des neuen Berufsauftrages für Lehrpersonen und den Lehrplan 21. Inwieweit dies erfolgreich gelingt, wenn gleichzeitig die Grundlagen für die Schulleitungen angepasst werden, ist für den VSLZH höchst fraglich.
- Der Vorschlag der "Kommunalisierung" der Schulleitenden ist völlig unausgegoren. Der Kanton spart zu Lasten der Gemeinden, da diese die vollen Kosten für die Schulleitungen zu tragen haben. Alles in allem sollen den Gemeinden jährlich 70.1 Millionen Franken zusätzlich tragen. Ein Fünftel davon machen alleine die Mehrkosten für die Schulleitungen aus. Wenn die Gemeinden nun auch noch die Löhne für die Schulleitungen voll zu zahlen haben, wird es in vielen Gemeinden zu weiteren Sparmassnahmen in der Schule kommen. Dies untergräbt definitiv die Chancengleichheit.
- Das Outsourcen der Schulleitungen widerspricht zudem der Personalstrategie der Bildungsdirektion. Gerade auf das aktuelle Schuljahr wurden mehrere tausend Lehrpersonen mit Kleinstpensen in ein kantonales Anstellungsverhältnis überführt. Bis im letzten Schuljahr wurden diese Lehrpersonen noch von den Schulgemeinden angestellt. Es ist sehr widersprüchlich und willkürlich, zuerst einzelne Mitarbeitende zu "kantonalisieren", um anschliessend einer anderen Gruppe wieder zu kündigen.

Der VSLZH wird sich tatkräftig dafür einsetzen, dass die Verantwortung über die Schulleiterinnen und Schulleiter der Volksschule beim Kanton verbleibt.

Kontakt/Rückfragen:
Sarah Knüsel
Präsidentin VSLZH
Mobile 076 379 60 03
sarah.knuesel@vslzh.ch